

Antrag auf Planfeststellung

Hartsalzwerk Siegfried-Giesen

Planfeststellungsunterlage zum Rahmenbetriebsplan

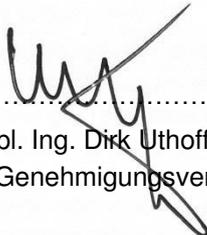
Unterlage I – Bearbeitungsgrundlagen

I-33 Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Erstellung der Unterlage:




.....
(Dipl. Ing. Johannes Zapp)
Projektleitung


.....
(Dipl. Ing. Dirk Uthoff)
Projektleiter Genehmigungsverfahren SG

K+S KALI GmbH
Projektgruppe Siegfried-Giesen
Kardinal-Bertram-Straße 1
31134 Hildesheim

Aufgestellt:
Hildesheim, den 17.12.2014

Antragsteller / Vorhabensträger

K+S Aktiengesellschaft
Bertha-von-Suttner-Straße 7
34131 Kassel/Deutschland

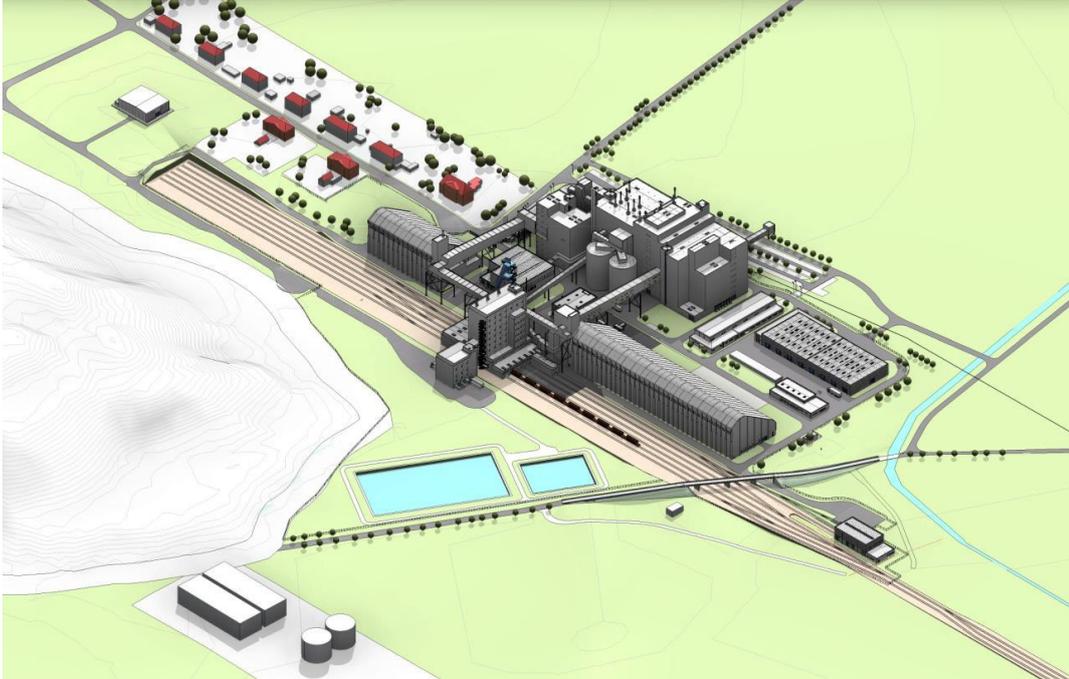


vertreten durch:

K+S KALI GmbH
Projektgruppe Siegfried-Giesen
Kardinal-Bertram-Straße 1
31134 Hildesheim

Hartsalzwerk Siegfried-Giesen

Planfeststellungsunterlage zum Rahmenbetriebsplan



Unterlage I - Bearbeitungsgrundlagen

I-33 Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung

Antragsteller/
Vorhabensträger:

K+S Aktiengesellschaft
Bertha-von-Suttner-Straße 7
34131 Kassel/Deutschland



vertreten durch:

K+S KALI GmbH
Projektgruppe Siegfried-Giesen
Kardinal-Bertram-Straße 1
31134 Hildesheim

Erstellung der Unterlage:



K+S KALI GmbH
Projektgruppe Siegfried-
Giesen
Kardinal-Bertram-Straße 1
31134 Hildesheim

Datum:

Hildesheim, August.2014



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I	
Abbildungsverzeichnis.....	II	
1	Bürgerbeteiligung	1
2	Ausgangssituation	2
3	Bürgerbeteiligung in der Planungs- und Raumordnungsphase	3
3.1	Ergebnisse der vor dem Raumordnungsverfahren (ROV) durchgeführten Beteiligung	4
4	Bürgerbeteiligung vor und während der Planfeststellungsphase	7
4.1	Projektbegleitende Arbeitsgruppen (AG)	10
4.1.1	AG Bürgerbeteiligung.....	10
4.1.2	AG Bodenschutz	11
4.1.3	AG Landwirtschaft.....	11
5	Informationsmanagement.....	12



Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Nachbarschaftsflyer	4
Abb. 2	K+S Pressemitteilungen und Zeitungsberichte.....	5
Abb. 3	Fortlaufende Zeitungsberichte und Pressekonferenzen	5
Abb. 4	Infoveranstaltungen (u.a. im Rahmen von Sponsoring); Hier: Anwohner der Schachtstraße am Standort Siegfried-Giesen.....	6
Abb. 5	Dialog mit den Anwohnern am Standort Fürstenhall	7
Abb. 6	Öffentliche Bürgerinformation in der Gemeinde Giesen	8
Abb. 7	Fortlaufender Dialog mit den Verbänden; Hier: IHK-Wirtschaftsausschuss Hildesheim	8
Abb. 8	Infotafeln an jedem Standort.....	9
Abb. 9	K+S Website: Siegfried-Giesen	9
Abb. 10	Kommunikation der Projektgruppe Siegfried-Giesen	13



1 Bürgerbeteiligung

Das Gesamtvorhaben „Reaktivierung des Hartsalzwerkes Siegfried-Giesen“ geht aufgrund der Dimension, der zahlreichen verschiedenen Vorhabensbestandteile, der daraus entstehenden Komplexität mit Betroffenheiten bei den Bürgern im regionalen Umfeld des Vorhabens einher.

Durch die Einführung allgemeiner Vorschriften zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung in § 25 Abs. 3 VwVfG soll in einer möglichst frühen Phase der Planung von Großvorhaben die Öffentlichkeit informiert und dadurch die Transparenz von Entscheidungsprozessen verbessert und die Akzeptanz von behördlichen Entscheidungen gefördert werden.

Auseinandersetzungen und Konflikte bei großen Vorhaben verdeutlichen allerdings, dass gesetzliche Normierungen allein nicht genügen, um die Bürger zu erreichen.

Bei dem hier beantragten Vorhaben wurde deshalb seitens des Vorhabenträgers großer Wert darauf gelegt, eine Planungskultur zu schaffen, die einerseits ein lösungsorientiertes Miteinander ermöglicht und andererseits die Bürger frühzeitig darüber informiert, wer sich wie und wo beteiligen kann, um sich für die eigenen Belange einsetzen zu können.

Um z.B. die Belange der betroffenen Gemeinden und Grundeigentümer bei der Findung und Umsetzung der Vorzugsvarianten möglichst früh zu berücksichtigen, wurde hierzu bereits in der Planungsphase (2010/11/12), vor Beginn des Raumordnungsverfahrens, der Dialog mit den Betroffenen gesucht. Hierbei wurden zusätzlich zu den bei der laufenden technischen Planung herangezogenen Kriterien, weitere aus Bürgersicht zu berücksichtigende Kriterien identifiziert bzw. aus diskutierten Betroffenheiten abgeleitet.

Im Nachfolgenden werden bei dem Vorhaben „Reaktivierung des Hartsalzwerkes Siegfried-Giesen“ gelebte Ansatz sowie die daraus resultierenden Ergebnisse der Bürgerbeteiligung beschrieben.

2 Ausgangssituation

Die bestehenden rechtlichen Regelungen sehen Beteiligungen von Bürgerinnen und Bürgern auf allen Verfahrensebenen vor. Dies betrifft sowohl das bereits durchgeführte Raumordnungsverfahren auf regionaler Ebene als auch das den Planungsprozess abschließende bergrechtliche Planfeststellungsverfahren, in dem der Rahmenbetriebsplan konkret zugelassen werden soll.

Die rechtlich verankerte Beteiligung dient vor allem der Wahrung der Rechte der von der Planung Betroffenen sowie dazu, der verfahrensführenden Behörde die für die Entscheidung notwendigen Informationen zu vermitteln

Das Planungsrecht in Deutschland enthält zwar, wie vorgenannt, bereits eine Vielzahl gesetzlicher Vorschriften zur Bürgerbeteiligung. Dennoch entsteht bei den Bürgerinnen und Bürgern häufig der Eindruck, dass sie zu spät und nicht umfassend beteiligt werden. Sie fühlen sich in Planungsprozesse unzureichend eingebunden und häufig schlecht informiert. Um ein lösungsorientiertes Miteinander zu ermöglichen, wurden seitens des Vorhabenträgers frühzeitige Information und gemeinsame Gespräche mit Betroffenen praktiziert.

Mit dem Gesetz zur „Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren“ (PIVereinHG) soll dieses Instrumentarium weiter verbessert werden und auf eine frühe Bürgerbeteiligung noch vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens hinwirken. Die Bürgerbeteiligung kann sich jedoch nur auf die Punkte beziehen, die Gegenstand der jeweiligen Verfahrensebene sind.

Eine informelle Beteiligung der Bürger im Vorfeld eines Genehmigungsverfahrens kann das eigentliche formelle Verfahren jedoch nicht ersetzen. Dieses dient der Gewährleistung von Rechtssicherheit und Klagerechten, denn erst der behördliche Planfeststellungsbeschluss kann von betroffenen Bürgern gerichtlich angefochten werden. Im informellen Beteiligungsverfahren gefundene Kompromisse sind dagegen nicht rechtsverbindlich. Vielmehr obliegt es der Planfeststellungsbehörde, die verschiedenen Interessen neutral miteinander abzuwägen und auszugleichen.

Deshalb kann der Fall eintreten, dass gemeinsam mit Bürgern eine Lösung erarbeitet wird, die sich aber im formellen Verfahren aus rechtlichen oder finanziellen Gründen nicht durchsetzt oder infolge einer Gerichtsentscheidung keinen Bestand hat.



3 Bürgerbeteiligung in der Planungs- und Raumordnungsphase

In der ersten Phase des hier beantragten Vorhabens wurde im Oktober 2010 mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie begonnen. Die Machbarkeitsstudie erforderte u.a. untertägige und übertägige Erkundungs- und Vermessungsarbeiten für z.B. Bestimmung der Kali-Rohsalzqualitäten, und der Strukturerkundung des Salzstockes unter Tage und Baugrunduntersuchungen über Tage und somit bereits erste „sichtbare“ Aktivitäten im Vorhabensgebiet.

Über diese Aktivitäten wurden die Kommunen sowie die Öffentlichkeit über K+S Pressemitteilungen lokale Printmedien, Infoveranstaltungen und Flyer frühzeitig informiert.

Nach Abschluss der Machbarkeitsstudie und positiver Klärung einer grundsätzlichen Machbarkeit erfolgte Mitte 2012 seitens der Konzernleitung die Entscheidung, die für das Vorhaben notwendigen Genehmigungsprozesse einzuleiten und somit die zweite Phase des Vorhabens zu starten.

Durch die Entscheidung des Unternehmens, die Projektgruppe direkt in Hildesheim anzusiedeln, wurde die räumliche Distanz zwischen der Projektgruppe zu den einzelnen Anspruchsgruppen stark minimiert. Dies hatte zur Folge, dass die Planung von Veranstaltungen, die Durchführung von Gesprächen etc. stark vereinfacht wurde. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Nähe zu den Behörden sowie den Bürgerinnen und Bürgern die Kommunikation positiv beeinflusst haben.

Die Kommunikation dieser zweiten Projektphase erfolgte analog der ersten Phase über Pressemitteilungen, Flyer sowie Informationsveranstaltungen in den einzelnen Ortschaften, die gezielt auf die jeweiligen Betroffenen dieser Kommunen abgestimmt waren.

Durch diese vorgezogene Beteiligung wurden bereits im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens weitere Betroffenen identifiziert und gemeinsam nach Lösungen gesucht. Zu diesen aus der Beteiligung gewonnen und von K+S aufgegriffenen und überprüften Punkten gehörten z.B.:

- 1) die Ortsdurchfahrt Harsum mit drei höhengleichen Bahnübergängen (Problem: Längere Schließzeiten der Schranken) und das nachgeordnete Wegenetz zwischen dem Stichkanal und dem Bahnhof Harsum (Lage des Übergabebahnhofes),
- 2) die Wohnbebauung im Bereich der Schachtstraße,
- 3) die Radwege: „Radweg zur Kunst“ und der Innerste-Radweg,
- 4) der Fußweg zur Innerste am Bahndamm und
- 5) die Betroffenheit der Landwirtschaft.

Zu den vorgenannten Sachverhalten wurde mit den Betroffenen ein Dialog aufgebaut sowie mögliche Alternativen entwickelt und diskutiert, um die Auswirkungen des Vorhabens auf Mensch und Natur gering zu halten.

Für die Betroffenen der Landwirtschaft und des Bodenschutzes wurden separate projektbegleitende Arbeitsgruppen „Landwirtschaft“ und „Bodenschutz“ gegründet.

3.1 Ergebnisse der vor dem Raumordnungsverfahren (ROV) durchgeführten Beteiligung

Im Dialog mit der Gemeinde Harsum wurden Alternativen zur Gleisanbindung (1) sowie zur Lage des Übergabebahnhofes diskutiert. Hierbei konnte eine die Ortschaft Harsum entlastende Lösung gefunden werden, die als Vorzugsvariante in das Raumordnungsverfahren eingestellt wurde.

Im Dialog mit dem Landkreis Hildesheim sowie der Gemeinde Giesen und den hierbei entwickelten Alternativen wurde die laufende Planung des Vorhabens soweit verändert und optimiert, dass die Betroffenheiten der Radwege „Radweg zur Kunst“ und des Innerste-Radweges (3) sowie des Fußweges zur Innerste am Bahndamm (4) weitgehend entfallen. Für die Betroffenheit der Anlieger der Schachtstraße wurde eine entsprechende Bauleitplanung (2) angeschoben.

Die o.g. Ergebnisse sind in die Antragsunterlagen zum ROV mit eingeflossen. Dieses Verfahren wurde im November 2013 unter Einbezug der vorgenannten Punkte mit der Landesplanerischen Feststellung abgeschlossen. Neben der rechtlich verpflichtenden Öffentlichkeitsbeteiligung waren die Unterlagen des Raumordnungsverfahrens der breiten Öffentlichkeit über das Internet zugänglich.



Abb. 1 Nachbarschaftsflyer



Abb. 2 K+S Pressemitteilungen und Zeitungsberichte



Abb. 3 Fortlaufende Zeitungsberichte und Pressekonferenzen



Abb. 4 Infoveranstaltungen (u.a. im Rahmen von Sponsoring); Hier: Anwohner der Schachtstraße am Standort Siegfried-Giesen

4 Bürgerbeteiligung vor und während der Planfeststellungsphase

Mit Abschluss des Raumordnungsverfahrens erfolgte im nächsten Schritt bei der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen die Konkretisierung der Vorzugsvarianten, die folglich auch eine Konkretisierung der Betroffenheiten ermöglichte.

Die Information der Öffentlichkeit über die aktuellen Verfahrenstände erfolgte/erfolgt über Pressemitteilungen, Infoveranstaltungen sowie durch Aufstellung von Informationstafeln an den geplanten Standorten des Hartsalzwerkes Siegfried-Giesen.

Des Weiteren wurde zur Onlineinformation über das Vorhaben eine Internetseite eingerichtet

(<http://www.kali-gmbh.com/dede/company/siegfried-giesen>)

mit einer Hotline, auf der jeder an das SG-Team entsprechende Fragen richten kann.

Zusätzlich zu den projektbegleitenden Arbeitsgruppen „Landwirtschaft“ und „Bodenschutz“ wurde eine „Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung“ initiiert. Die Struktur und die Arbeitsweisen der Arbeitsgruppen und die Ergebnisse der entsprechenden Arbeitsgruppensitzungen sind unter Kap. 4.1 beschrieben.



Abb. 5 Dialog mit den Anwohnern am Standort Fürstenhall



Abb. 6 Öffentliche Bürgerinformation in der Gemeinde Giesen



Abb. 7 Fortlaufender Dialog mit den Verbänden; Hier: IHK-Wirtschaftsausschuss Hildesheim



Abb. 8 Infotafeln an jedem Standort

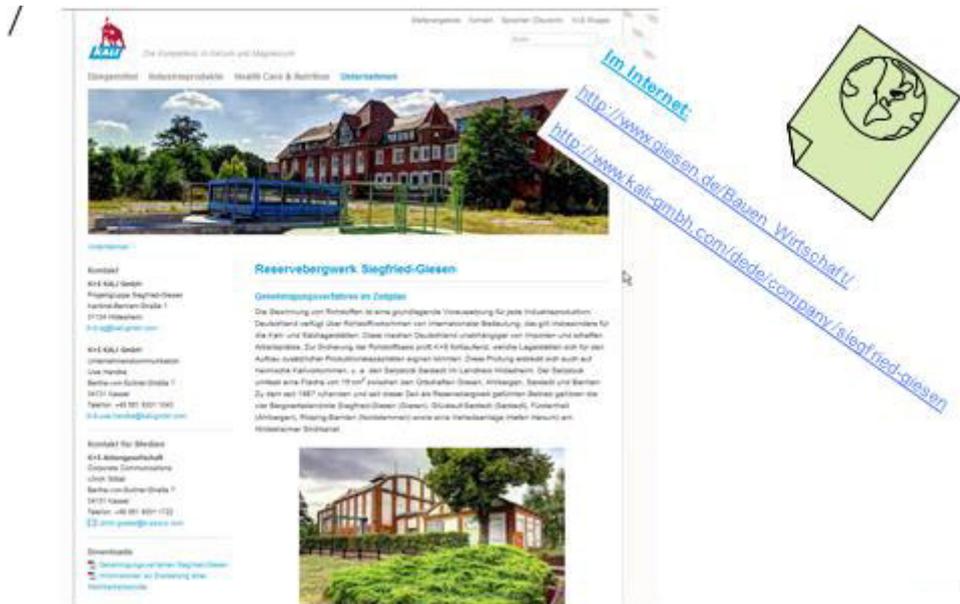


Abb. 9 K+S Website: Siegfried-Giesen

4.1 Projektbegleitende Arbeitsgruppen (AG)

4.1.1 AG Bürgerbeteiligung

Die "Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung" ist erstmalig im Februar 2014 zusammengetreten und besteht aus Vertretern der Bürgerinitiative „BI Giesen Schacht e.V.“, Vertretern der Ratsfraktionen der Gemein- de Giesen sowie des Vorhabenträgers (K+S). Sie wird durch den Bürgermeister der Gemeinde Giesen moderiert.

Sie soll eine Plattform bieten, um Informationsbedürfnisse zu dem Projekt decken zu können und Vertretern der Giesener Bürgerschaft die Gelegenheit zu geben, Betroffenheiten und auch Ängste offen und transparent diskutieren zu können sowie gemeinsam nach eventuellen Lösungsmöglichkeiten zu suchen. K+S begrüßt diese Arbeitsgruppe, weil sie ein wichtiges Instrument darstellt, auf der ein Dialog mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern geführt werden kann. Allerdings erfüllte sich aus Sicht des Unternehmens nicht die Erwartung, dass die Mitglieder der Arbeitsgruppe die vermittelten Informationen in die Gemeindeöffentlichkeit zurücktransportieren. Insofern stellte die Arbeitsgruppe eher eine „Einbahnstraße“ zur Informationsvermittlung an die unmittelbar dort Mitarbeitenden dar und erfüllte weniger den Anspruch einer breiter angelegten Bürgerbeteiligung. Weitere kommunikative Maßnahmen im Sinne einer frühen Bürgerbeteiligung waren deshalb erforderlich und wurden von der Projektgruppe auch angeboten.

Systematisch lassen sich folgende Hauptziele der Projektkommunikation innerhalb der Arbeitsgruppe unterscheiden:

- Information über das Projekt und technische Einzelfragen,
- Klärung der Projektvorteile bei sachgerechter Einordnung (Abwägung) befürchteter oder tatsächlicher Nachteile,
- Etablierung eines möglichst gesicherten Kenntnisstandes bei möglichst vielen/allen Anspruchsgruppen zur Entlastung der Genehmigungsverfahren.

Prinzipiell wäre die Zugänglichkeit und Verbreitung von qualifizierten Informationen eine erste grundlegende Voraussetzung für eine Auseinandersetzung mit dem Vorhaben. Hierbei gilt es neben der Informationsqualität auch die passenden Medien zur Informationsmitteilung einzusetzen. Damit der Dialog innerhalb der „Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung“ gefördert wird, wurden pro Sitzung Präsentationen vorbereitet, in denen die Teilnehmer umfassend und anschaulich über die zuvor festgelegten Vorhabensbestandteile oder Einzelfragen informiert wurden. Der Inhalt der Präsentationen basierte auf Fragen der Teilnehmenden und griff darüber hinaus die in der Arbeitsgruppe besprochenen Inhalte auf.

In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass die „Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung“ neben der reinen Informationsübermittlung, den Vertretern der Giesener Bürgerschaft die Möglichkeit gewährt, Vorschläge zu unterbreiten, die von der Projektgruppe geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden. Bei der Ergebnisfindung waren allerdings die Rahmenbedingungen und Eckpunkte des vorausgegangenen Raumordnungsverfahrens sowie einschlägige zwingende gesetzliche Vorgaben zu beachten.

Darüber hinaus bot die Projektgruppe auf freiwilliger Basis Einzelmaßnahmen an, die deutlich über gesetzliche Verpflichtungen hinausgehen und integrierte diese in die Planung des Vorha-

bens (z.B. Schadenskataster bei möglichen Gebäudeschäden, Monitoring Sprengerschütterungen, zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen für Bahnverkehr in Ahrbergen usw.).

Zu erwähnen ist allerdings auch, dass die Bürgerinitiative Giesen Schacht e.V. in einer fortgeschrittenen Phase (15.06.2014) der Arbeit in der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung schriftlich mitteilte, dass sie auch die von der Projektgruppe freiwillig angebotenen Einzelmaßnahmen nicht als verbindlich abgestimmte Maßnahmen akzeptiert. Deshalb reduzierte sich die weitere Interaktion in der Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung auf die reine Vermittlung von Sachinformationen und konnte den Anspruch einer tatsächlichen Bürgerbeteiligung im wörtlichen Sinne nicht erfüllen.

4.1.2 AG Bodenschutz

Ziel der AG Bodenschutz ist einerseits die Überprüfung von Minimierungsmaßnahmen für die Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut Boden und andererseits Möglichkeiten zur Kompensation aufzuzeigen bzw. zu erarbeiten. Der zentrale Bestandteil ist hierbei die Bewertung der vorhandenen Bodenfunktionen.

Die AG Bodenschutz wurde im Juli 2013 gegründet und besteht aus Vertretern der Fachdienste Umwelt und Bodenschutz des Landkreises Hildesheim, der Referate Bodenschutz und Landesplanung des LBEG, der Universität Hildesheim mit dem Institut für Geographie, des Fachplaners (fugro Consult) sowie des Vorhabenträgers (K+S). Die AG Bodenschutz wurde aufgrund der Vielzahl deckungsgleicher Themen im Februar 2014 mit der AG Landwirtschaft zusammengelegt

4.1.3 AG Landwirtschaft

Ziel der AG Landwirtschaft ist die Entwicklung eines Maßnahmenkonzeptes zur Minimierung der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen. Beispielhaft können für mögliche Maßnahmen die Nutzung der Flachhalde als Fläche für Kompensation, produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK), Möglichkeiten der Entsiegelung und Maßnahmen zur Wiedervernetzung räumlich benachbarter schutzwürdiger Lebensräume, die in funktionaler Verbindung zueinander stehen, angeführt werden.

Die Arbeitsgruppe wurde im Februar 2013 gegründet und besteht aus Vertretern der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, dem Landvolk Hildesheim Kreisbauernverband e.V.,

der Fachdienste Kreisentwicklung und Infrastruktur, Umwelt und Naturschutz sowie des Bodenschutzes des Landkreises Hildesheim, dem Referat Landwirtschaft, Bodenschutz und Landesplanung des LBEG, des Fachplaners (fugro Consult) sowie des Vorhabenträgers (K+S).

5 Informationsmanagement

Die Weitergabe und der Austausch von Informationen sind die erste Stufe und gleichzeitig die Basis für alle weitergehenden Formen der Beteiligung. Die von dem Vorhaben Betroffenen und Interessierten haben einen großen Bedarf an Informationen. Nur auf ihrer Grundlage können sie sich ein Bild davon machen, welche Veränderungen und Auswirkungen durch das geplante Projekt zu erwarten sind.

Das grundsätzliche Ziel des oben beschriebenen Vorgehens des Vorhabenträger sowie der genehmigenden Behörden in den jeweiligen Zuständigkeiten ist es, die Bürger frühzeitig darüber zu informieren, wer sich in welcher Weise und wo beteiligen kann, um sich für die eigenen Belange einsetzen zu können. Aus diesem Grund wurde bereits in der frühen Planungsphase das entsprechende Informationsmanagement / Kommunikationskonzept aufgebaut und kontinuierlich weiterentwickelt.

Gegenstand der kontinuierlichen Information sind u.a. der Sachstandsberichte über z.B. den Planungsfortschritt, Informationen über Ergebnisse von z.B. angefertigten Lärm- oder Schadstoffgutachten sowie Informationen über den Entscheidungsstand auf den verschiedenen Verfahrensebenen.

Die Ergebnisse der informellen Beteiligung sind u.a. in diesen Antragsunterlagen sowie durch die Veröffentlichung im Internet für die Bürger nachvollziehbar dokumentiert.

Laufend werden Anliegen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger und sonstigen Anspruchsgruppen – sei es per Telefon, E-Mail oder Brief - von der Projektgruppe zeitnah bearbeitet, Dies ist zwingend notwendig, um dem Kommunikationsbedürfnis der Öffentlichkeit gerecht zu werden.

So hat die Projektgruppe in den vergangenen vier Jahren ca. 115 Dialoge mit verschiedensten Anspruchsgruppen geführt, darunter waren Behörden, Fachgremien, die Genehmigungsbehörde, Interessenvertretungen, Kommunen, Kirchen, Journalisten sowie Vertreter der Politik. Knapp 50 % der Dialoge wurden allein mit Interessenvertretungen geführt. Dies unterstreicht erneut das hohe Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit.

In all den Kommunikationsmaßnahmen der Projektgruppe wurde und wird Transparenz praktiziert. Es wird sowohl operativ über das Vorhaben kommuniziert als auch Informationen über den Planungs- und Genehmigungsprozess angeboten, um eine umfassende und verständliche Kommunikation sicherzustellen.

Hierbei setzt die Projektgruppe auch auf öffentliche Veranstaltungen. In Giesen wurden unter anderem im März 2013 und April 2014 mit Vertretern der Projektgruppe Veranstaltungen ausgerichtet, die als Plattform für Bürgerinnen und Bürger dienen sollte, Ängste und Bedenken in Bezug auf das Vorhaben auszusprechen. Themen wie Auswirkungen der möglichen Bergsenkungen, die Erläuterung des Abbauverfahrens in der „Steile Lagerung“, die Auswirkungen der neuen Flachhalde, die Auswirkungen des ausziehenden Wetterschachtes Fürstenhall in Ahrbergen, die Verkehrsprognosen etc. waren zentrale Fragen der teilnehmenden Bürger Giesens, die offen und transparent diskutiert wurden, um Unklarheiten möglichst auszuräumen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Termine aufgelistet, die die Projektgruppe in den letzten vier Jahren betreute.



Abb. 10 Kommunikation der Projektgruppe Siegfried-Giesen

K+S KALI GmbH

Termine: Kommunikation (Dialoge, Infoveranstaltungen, etc.)



20.01.11:	K	Dialog Bürgermeister/ Sarstedt
31.01.11:	G	Dialog LK Hildesheim/ Regionalplaner
09.02.11:	K	Dialog Bürgermeister/ Giesen
10.02.11:	K	Dialog Bürgermeister/ Nordstemmen
21.02.11:	G	Dialog LK Hildesheim/ Umweltamt
24.02.11:	B	Dialog Referatsleiter/ NMW Hannover
02.03.11:	K	Dialog Bürgermeister/ Sarstedt
14.03.11:	B	Dialog LK Hildesheim/ Umweltausschuss
25.03.11:	I	LK Hildesheim/ „Runder Tisch“
31.03.11:	P	NDR
05.04.11:	G	Dialog LK Hildesheim
06.04.11:	Po	Dialog mit der SPD/Giesen
11.04.11:	P	Pressegespräch in Bad Salzdetfurth
14.04.11:	K	Dialog Gemeinde Giesen (B6)
02.05.11:	K	Dialog Stadt Sarstedt (FNP)
06.06.11:	K	Dialog Gemeinde Harsum
16.06.11:	B	Infoveranstaltung BGR Hannover(Haldenkonzept
03.08.11:	I	Dialog Bürgerin/ Giesen

B = Behörde (sonstige)
F = Fachgremien
G = Genehmigungsbehörde
I = Interessenvertretungen
K = Kommune
Ki = Kirche
P = Presse
Po = Politik

K+S Gruppe / 0

K+S KALI GmbH

Termine: Kommunikation (Dialoge, Infoveranstaltungen, etc.)



24.08.11:	Po	Infoveranstaltung SPD/ NS und SPD/ Giesen
27.09.11:	K	Dialog Ortsbürgermeister/ Ahrbergen

B = Behörde (sonstige)
F = Fachgremien
G = Genehmigungsbehörde
I = Interessenvertretungen
K = Kommune
Ki = Kirche
P = Presse
Po = Politik

K+S Gruppe / 1



K+S KALI GmbH

Termine: Kommunikation (Dialoge, Infoveranstaltungen, etc.)



12.01.12:	K	Dialog Bürgermeister/ Giesen
17.01.12:	Po	Dialog „Die Grünen“/ Giesen
31.01.12:	Ki	Dialog Pastor/ Ahrbergen
08.03.12:	G	Dialog LK Hildesheim
24.03.12:	F	Infoveranstaltung RDB Lehrte-Sehnde
27.03.12:	Ki	Infoveranstaltung St. Paulus-Gemeinde Ahrbergen
08.05.12:	K	Dialog Bürgermeister/ Giesen
11.06.12:	I	Dialog IHK Hildesheim
28.06.12:	Po	Dialog SPD/ Giesen
02.07.12:	F	Dialog Rhenus Hildesheim
02.07.12:	I	Dialog Runder Tisch OB Hildesheim (Kanalausbau/Hafen HI)
03.07.12:	G	Dialog NS-Staatskanzlei
17.07.12:	I	Wirtschaftsausschuss-Sitzung der IHK HI
25.07.12:	Po	Infoveranstaltung OB von Hannover
27.07.12:	I	Dialog IHK Hildesheim
10.08.12:	G	Infoveranstaltung Präsident LBEG
21.08.12:	B	Dialog Minister /NS Ministerium für Verkehr.....
10.09.12:	F	Dialog Holcim (Abbau Barnten)

B = Behörde (sonstige)
F = Fachgremien
G = Genehmigungsbehörde
I = Interessenvertretungen
K = Kommune
Ki = Kirche
P = Presse
Po = Politik

K+S Gruppe / 2

K+S KALI GmbH

Termine: Kommunikation (Dialoge, Infoveranstaltungen, etc.)



12.09.12:	B	Dialog Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss/ Sarstedt
13.09.12:	F	Infoveranstaltung Hildesheimer Kali-Stammtisch
17.09.12:	K	Sitzung – Rathaus Giesen
25.09.12:	I	Dialog Betreiber der Biogasanlage Giesen
27.09.12:	I	Dialog IHK Hildesheim
31.10.12:	Po	Infoveranstaltung – Politiker (CDU/SPD/Grünen)
19.11.12:	I	Dialog Landvolk Hildesheim
27.11.12:	I	Dialog IHK Hildesheim
06.12.12:	F	Dialog Landwirt/ Groß Förste
13.12.12:	F	Infoveranstaltung Hildesheimer Kali-Stammtisch
17.12.12:	F	Dialog Bergmannsverein Ahrbergen
18.12.12:	I	Dialog GF Landvolk Hildesheim
19.12.12:	B	Dialog Leiter/ LWK Niedersachsen

B = Behörde (sonstige)
F = Fachgremien
G = Genehmigungsbehörde
I = Interessenvertretungen
K = Kommune
Ki = Kirche
P = Presse
Po = Politik

K+S Gruppe / 3



K+S KALI GmbH

Termine: Kommunikation (Dialoge, Infoveranstaltungen, etc.)



08.01.13:	I	Dialog IHK Hildesheim
21.01.13:	K	Dialog Ortsbürgermeister/ Ahrbergen
22.01.13:	K	Dialog Bürgermeister/ Harsum
22.01.13:	K	Dialog Bürgermeister/ Algermissen
30.01.13:	I	Dialog – Runder Tisch OB Hildesheim (Kanalausbau/Hafen)
05.02.13:	I	Dialog Arbeitskreis-Sitzung „Landwirtschaft und Bodenschutz“
06.02.13:	I	Infoveranstaltung Grundeigentümer Giesen (Haldenstandort)
12.02.13:	I	Dialog IHK Hildesheim
25.02.13:	I	Infoveranstaltung Grundeigentümer Harsum (Standort Übergabebahnhof)
27.02.13:	I	Infoveranstaltung Landvolk Hildesheim
05.03.13:	G	Dialog LK Hildesheim
12.03.13:	P	Pressegespräch Hildesh. Ztg. / Sarstedter Ztg. / Kehr wieder
13.03.13:	I	Öffentliche Veranstaltung Giesen
14.03.13:	I	Öffentliche Gemeinderatssitzung Harsum
30.03.13:	F	Infoveranstaltung RDB Lehrte-Sehnde
10.04.13:	F	Dialog „Lange-Bau“
08.05.13:	I	Dialog Bürger/ Ahrbergen
22.05.13:	F	Dialog mit RWE Innogy Windpower H. GmbH

B = Behörde (sonstige)
F = Fachgremien
G = Genehmigungsbehörde
I = Interessenvertretungen
K = Kommune
Ki = Kirche
P = Presse
Po = Politik

K+S Gruppe / 4

K+S KALI GmbH

Termine: Kommunikation (Dialoge, Infoveranstaltungen, etc.)



30.05.13:	I	Öffentliche Ortsratssitzung Harsum
07.06.13:	F	Bergtechnische Tagung, Hannover
13.06.13:	F	Infoveranstaltung Hildesheimer Kali-Stammtisch
24.06.13:	I	Finanzausschuss-Sitzung Algermissen
08.07.13:	F	Prof. für Kunst/Hi
12.07.13:	I	Dialog IHK Hildesheim
20.08.13:	I	Arbeitsgruppe „Harsum“
22.08.13:	Po	Dialog MdB/CDU
14.09.13:	I	Dialog/Infoveranstaltung „Peppers Open Air-Konzert“ in Giesen
19.09.13:	F	Infoveranstaltung - Bodenkonzferenz, Uni Hildesheim
24.09.13:	B	HGF der Unternehmensverbände der Norddeutschen Wirtschaft
05.11.13:	K	Gespräch mit Bürgermeister Gemeinde Giesen
26.11.13:	I	Dialog IHK Hildesheim
05.12.13:	I	Dialog Anwohner–Standort Fürstenhall/Ahrbergen
11.12.13:	P	Pressegespräch HiAZ/Sarstedter Z./Kehr wieder
12.12.13:	F	Infoveranstaltung Hildesheimer Kali-Stammtisch
18.12.13:	K	Gespräch Bürgermeister/ Giesen

B = Behörde (sonstige)
F = Fachgremien
G = Genehmigungsbehörde
I = Interessenvertretungen
K = Kommune
Ki = Kirche
P = Presse
Po = Politik

K+S Gruppe / 5



K+S KALI GmbH

Termine: Kommunikation (Dialoge, Infoveranstaltungen, etc.)



22.01.14:	K	Dialog Förderverein Grundschule Giesen
29.01.14:	I	Dialog Arbeitskreis-Sitzung „Landwirtschaft und Bodenschutz“
03.02.14:	I	Dialog GF/ IHK Hildesheim
04.02.14:	I	Dialog Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung“
05.02.14:	Po	Dialog MdB/SPD
04.03.14:	I	Dialog Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung“
06.03.14:	I	Infoveranstaltung Schutzgemeinschaft der abbauberechtigten Grundeigentümer
11.03.14:	F	Dialog GF Landvolk Hildesheim
28.03.14:	I	Dialog IHK-Hildesheim
01.04.14:	F	Dialog LK-Hildesheim (Hochwasserschutz)
09.04.14:	I	Dialog Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung“
10.04.14:	F	Dialog Tennet
23.04.14:	F	Infoveranstaltung RDB Hannover-Land
24.04.14:	I	Öffentliche Infoveranstaltung in Giesen
24.04.14:	I	Dialog Arbeitskreis-Sitzung „Landwirtschaft und E
06.05.14:	F	Infoveranstaltung – Rotary Club Hildesheim
06.05.14:	I	Infoveranstaltung – Algermissen (Güterverkehr)
15.05.14:	P	Pressegespräch HiAZ/Sarstedter Z./Kehrwieder
06.06.14:	Ki	Dialog Ev. Kirche Hannover/Hildesheim/Giesen

B = Behörde (sonstige)
F = Fachgremien
G = Genehmigungsbehörde
I = Interessenvertretungen
K = Kommune
Ki = Kirche
P = Presse
Po = Politik

K+S Gruppe / 6

K+S KALI GmbH

Termine: Kommunikation (Dialoge, Infoveranstaltungen, etc.)



27.06.14:	F	Bergtechnische Fachtagung, Bernburg
30.06.14:	I	Dialog Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung“
12.07.14:	F	Infoveranstaltung – RDB, Clausthal-Zellerfeld
16.07.14:	P	Pressesprecher – IHK Hannover
16.07.14:	I	Dialog Arbeitskreis-Sitzung „Landwirtschaft und Bodenschutz“
21.07.14:	Po	Infoveranstaltung SPD-Gemeindeverbände
21.07.14:	K	Infoveranstaltung Gemeinde Giesen (Französische Partnerstadt)
22.07.14:	I	Infoveranstaltung/Dialog IHK Hildesheim (Wirtschaftsausschuss-Sitzung)
29.07.14:	I	Dialog Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung“
31.07.14:	I	Dialog Feuerwehr Ahrbergen

B = Behörde (sonstige)
F = Fachgremien
G = Genehmigungsbehörde
I = Interessenvertretungen
K = Kommune
Ki = Kirche
P = Presse
Po = Politik

K+S Gruppe / 7



K+S KALI GmbH

Termine: Kommunikation (Dialoge, Infoveranstaltungen, etc.)



Bereits geplante Termine:

05.09.14:	I	Dialog Bürger aus Giesen
24.09.14:	P	Dialog Autor > Buchprojekt Hildesheim
01.10.14:	F	Infoveranstaltung „1. Intern. Freiburger Schachtkolloquium“

B = Behörde (sonstige)
F = Fachgremien
G = Genehmigungsbehörde
I = Interessenvertretungen
K = Kommune
Ki = Kirche
P = Presse
Po = Politik

K+S Gruppe / 8